



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

für uns Christen steht das wichtigste Fest bevor – das Osterfest. Nach dem Gedenken des Kreuzestodes Jesu Christi an Karfreitag folgt nun die Feier der Auferstehung Christi: das Osterfest. Die Auferstehung des Sohnes Gottes ist ein Symbol für die Kraft Gottes und für das neue Leben!

Osterzeit steht aber auch für die Frühlingszeit, dem Ende der dunklen Jahreszeit. In diesem Jahr ist die Natur dem Kalender weit voraus. Mit der Frühlingszeit erblüht aber nicht nur die Natur zum Leben, auch uns Menschen durchströmt neue Vitalität.

Unsere politische Vitalität beeinflusste die zurückliegende Winterzeit ganz gewiss nicht – im Gegenteil, das Agieren von Rot-Grün, egal ob auf Landes- oder Kreisebene lässt uns Christdemokraten förmlich keine Pause. WEIL sie es nicht können, denn statt sich sachbezogen den Herausforderungen zu stellen, wird stets dem Ansinnen sonstiger politischer Prioritäten der Sachbezogenheit der Vorrang eingeräumt.

Aber lesen Sie selbst ...

Ich wünsche Ihnen an dieser Stelle aber vor allem ein schönes Osterfest und hoffe, dass Sie die vor uns liegenden freien Tage genießen können!

Ihre



Mit dieser Ausgabe informieren wir Sie über

„Gemeinsam sind wir stärker“

„Wenn nicht jetzt, wann dann? Wenn nicht hier, sag mir wo und wann? Wenn nicht wir, wer sonst? Es wird Zeit. Komm wir nehmen das Glück in die Hand.“ - Was hat dieser erfolgreiche Song von „De Hühner“ mit der geplanten Fusion zu tun ...Seite 2

Abgelehnte Basis-Entscheidung

Den hier lebenden Menschen wurde die Möglichkeit genommen, ihren Interessenvertreter zu wählen. Statt dessen setzt Rot-Grün einzig auf die Umsetzung politischer Vorhaben durch Verlängerung ihres politischen Arms in die Kreisverwaltung ...Seite 3

Brennpunkt Windkraft - ein Thema, das bewegt

Stichwort „Nutzung von Erneuerbare Energien? - Ja, aber nicht wirklich?“ ...Seite 4

100 Tage im Amt

„Mittlerfunktion“ - Botschafter der Regierung? Die neuen Funktionen der Landesbeauftragten für Regionalentwicklung kann man derzeit nur mit Skepsis betrachten ...Seite 5

25 Jahre Mauerfall - Hoffnungen - Erinnerungen - Erzählungen

Schon angemeldet zum „Erzählcafé Mauerfall“ am 23.04.2014? ...Seite 5



Frohes Osterfest !!

Gemeinsam sind wir stärker“

Derzeit ist es in den Medien doch sehr ruhig geworden, zumindest wenn es um eine Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit zur Fortsetzung von Fusionsgesprächen betrifft. Aber wir können uns sicher sein, dass hinter diversen verschlossenen Türen weiterhin über das Schicksal der hier lebenden Menschen verhandelt wird. Denn eines ist deutlich geworden: Auch wenn zunächst eine Zerschlagung des Landkreises Helmstedt vom Tisch zu sein scheint, es bleibt aber weiterhin zu vermuten, dass das Thema „Eingemeindung“ nicht von allen Akteuren ad acta gelegt wurde. An dieser Stelle könnte man daher nur spekulieren, was wie ein Blick in eine magische Kugel wäre. Daher lieber zurück zur Realität mit der Feststellung:

Es gibt keinen Grund, der gegen eine gemeinsame Zukunft spricht. Aber es gibt viele gute Gründe dafür.

Deshalb, wir sind unabhängig von einer zu beschließenden Fusion auch schon jetzt in der Lage, die Weichen für ein konstruktives Miteinander zu stellen; allerdings gibt es bei dem „wir“ eine Einschränkung: Uns Christdemokraten fehlen in den Gremien leider die entscheidenden Mehrheiten. Und ob sich die derzeit in Verantwortung stehenden von Sachargumenten zum Handeln bewegen lassen, bleibt zu bezweifeln.

Schaut man sich den Landkreis Helmstedt und die Stadt Wolfsburg genauer an, wird klar, dass beide Gebietskörperschaften genau das beinhalten, was die eine hat und die andere aber benötigt.

Schon heute wären wir als Landkreis Helmstedt imstande, den Weltkonzern VW in die Lage zu versetzen, Erweiterungspläne umzusetzen. Die notwendigen Flächen sind in unserem Landkreis bereits vorhanden, es bedürfte nur der Bereitschaft der Verhandlungsaufnahme. Der Weltkonzern VW würde nicht nur in die Lage versetzt, sich wirtschaftlich weiterzuentwickeln, er könnte weiterhin in die Lage versetzt werden, seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in einem ausgewogenen, sozialen, kulturellen Umfeld auch ein zu Hause zu geben.

Die Voraussetzungen wären also bereits gegeben, eine Grundlage für eine dauerhafte, zukunftsorientierte und für die hier lebenden Menschen eine gewinnbringende und am Gemeinwohl orientierte Partnerschaft auf Augenhöhe zu schaffen. Und wenn genau das im Vordergrund der in Verantwortung stehenden Persönlichkeiten steht, könnte der Startschuss lauten:

Wenn nicht jetzt, wann dann?
Wenn nicht hier, sag mir wo und wann?
Wenn nicht wir, wer sonst? Es wird Zeit.
Komm wir nehmen das Glück in die Hand.

Lesen Sie dazu auch den beigefügten Flyer des CDU-Kreisverbandes Helmstedt.



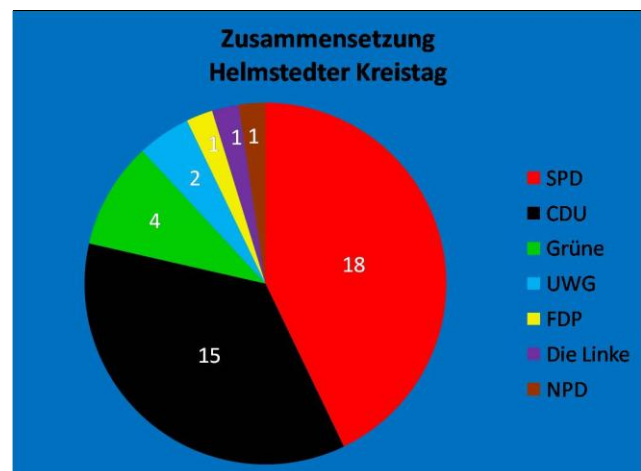
Abgelehnte „Basis-Entscheidung“

Noch vor gar nicht langer Zeit war es selbstverständlich für die SPD auf Bundesebene, die „Basis“ (= das Volk ?) über die künftige politische Arbeit in unserem Land entscheiden zu lassen – die Basis = 400.000 Wahlberechtigte stimmten über die Zukunft von ca. 80 Millionen Menschen ab. Welch Respekt gegenüber diesem doch als elitär zu bezeichnenden Personenkreis. Aber was für die Bundespartei zum Verständnis der Demokratie scheinbar selbstverständlich gehört, ist mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse in unserem Landkreis nicht angekommen oder aber schlicht nicht gewollt.

Mit der Mehrheitsentscheidung im Helmstedter Kreistag ist uns Bürgern die Möglichkeit genommen, im Sinne der Demokratie das nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz gesetzlich legitimierte „Organ“ zu wählen: den Hauptverwaltungsbeamten – den Landrat unseres Landkreises Helmstedt.

Den hier lebenden Menschen ist die Chance genommen worden, ihren Interessenvertreter zu wählen, der sich von seiner Stellung nach dem Gesetz politisch neutral zu verhalten hat, eben weil er die Interessen aller im Landkreis Helmstedt lebenden Einwohner vertritt.

Wir als CDU haben versucht, die Mitglieder des Helmstedter Kreistages zu bewegen, die Bedeutung dieser Entscheidung für die Zukunft deutlich zu machen. Zusammen mit der FDP haben wir unmittelbar vor der Sitzung mittels einer Demonstration die Wahl eines Hauptverwaltungsbeamten eingefordert. Leider vergeblich. Mit 23 zu 17 wurde die Entscheidung getroffen, die Stelle des 1. Kreisrates auszuschreiben. Aber angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Helmstedter Kreistag letztlich wohl auch nicht verwunderlich.



Denn auch bei dieser Entscheidung werden Sachargumente im Hintergrund gestanden haben. Ein Hauptverwaltungsbeamter wäre aufgrund seiner Stellung in der Lage, in den Verhandlungsprozess auf Augenhöhe zu agieren. Ein Hauptverwaltungsbeamter gehört sowohl den Organen „Kreistag“ und „Kreisausschuss“ als stimmberechtigtes Mitglied an. Aber eine der Neutralität verpflichteten Stimme scheint Rot-Grün kritisch gegenüber zu stehen. Der Grund ist auch leicht nachvollziehbar. Mit der beschlossenen Ausschreibung der Stelle eines 1. Kreisrates hat man nunmehr vielmehr die Möglichkeit, eine politische passende Marionette einzusetzen, die letztlich nur noch die Bestrebungen der politischen Ziele von Rot-Grün umzusetzen hat. Denn, welche von einer politischen Mehrheit eingesetzte Marionette würde z. B. von dem gesetzlich legitimierten Recht Gebrauch machen, die Möglichkeit eines Einspruchs gegen einen Beschluss des Helmstedter Kreistages auszuschöpfen? Die künftigen Entscheidungen im Helmstedter Kreistag werden zwar noch offiziell im Kreistag getroffen (oder besser: abgenickt?), die eigentlichen Entscheidungen werden aber in gewohnter Manier hinter verschlossenen Parteitüren getroffen werden.

Brennpunkt Windkraft - ein Thema, das bewegt

Mit diesem Thema hatte der CDU-Kreisverband ein sehr sensibles Thema aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit dem CDU-Arbeitskreis Ländlicher Raum und Landwirtschaft zur Diskussionsveranstaltung am 17.03.2014 eingeladen. Als Kreisvorsitzende konnte ich zwei Podiumsgäste begrüßen, deren Positionen nicht unterschiedlicher hätten sein können:



Jens Palandt, bis dato noch Erster Verwaltungsrat des Zweckverbands Großraum Braunschweig, versuchte die Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung und die damit einhergehenden übergeordneten Ziele darzustellen. Prof. Dr. Joachim Weimann von der Universität Magdeburg hingegen verdeutlichte mit seinem Vortrag vielmehr, dass es hier nicht allein um die Vorteile der Nutzung von Erneuerbaren Energien gehe.

Auch wenn das von Jens Palandt Vorgetragene rein formal betrachtet ein zwingender Schritt bei der Umsetzung der Vorreiterrolle Deutschlands bei der Nutzung von Erneuerbarer Energie zu sein scheint, haben diese Rahmenbedingungen und die zu erfüllenden übergeordneten Ziele nur ein begrenztes Verständnis bei der Mehrheit der Anwesenheit gefunden. Die Grenze des Verständnisses endet bei der persönlichen Betroffenheit. Denn der hier im Bereich von Süpplingen geplante Windpark wäre nicht nur ein starker Eingriff in unser Naherholungsgebiet Elm-Lappwald, vielmehr fürchten die in naher Umgebung lebenden Einwohner um die nicht von der Hand zu weisenden Nebenwirkungen und primär um ihre Gesundheit und Lebensqualität. Ein noch größerer Kritikpunkt war aber auch die Tatsache, dass die Entscheidung nicht im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung getroffen wird, vielmehr entscheidet die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig. Und schaut man sich dort die Mehrheitsverhältnisse genauer an, entscheiden in der Mehrzahl Vertreter von Kommunen, die nicht unserem Landkreis zuzuordnen sind.

Prof. Dr. Joachim Weimann veranschaulichte mit seinen Ausführungen, dass der beschrittene Weg nicht effizient sei. Insbesondere zu investierende Kosten in die Nutzung von Windenergie und weitergehend die gewährten Förderungen gehen zu Lasten der Endverbraucher. Aber auch die derzeitige Nutzung von Windkraft sei dem Ansinnen eher widersinnig - so könne gewonnene Energie aus Windkraft derzeit nicht so gespeichert werden, um sie bei Bedarf dem Leitungsnetz zuzuführen; nicht genutzte Energie werde vielmehr exportiert. Im Gegenzug werde aber Atomstrom selbst aus Frankreich wiederum importiert. Auch werde bei vermehrter Nutzung von Erneuerbarer Energie keine Reduzierung von CO₂-Emissionen als Erfolg verbucht werden. Vielmehr können nicht genutzte Emissionsrechte von Betreibern entsprechend weiterveräußert werden - das Gesamtvolumen bleibt, es erfolgt lediglich eine Verschiebung der zugeteilten Anteile.

Das Unverständnis über das Vorgetragene spiegelte sich auch in der anschließenden sehr emotional geführten Diskussion wieder, die von Peter Link als Vorsitzender des Arbeitskreises Ländlicher Raum und Landwirtschaft moderiert wurde.

Und verfolgte man in den letzten Tagen die Berichterstattung zum Entwurf des Gesetzes Erneuerbare Energien des Kabinetts, so wurde auch sehr deutlich, dass eine weitere persönliche Betroffenheit an die Grenze des Verständnisses stößt: die von vielen als ungerecht empfundene Veranschla-

gung der Ökostrom-Umlage. Ein privater Haushalt zahlt bei einem Durchschnittsverbrauch von 3.500 Kilowattstunden im Jahr knapp 220 Euro an Ökostrom-Umlage, davon entfallen rd. 45 Euro auf die Rabatte für Industriebetriebe, die vom Durchschnittshaushalt folglich subventioniert werden.



100 Tage im Amt

Mit großen Vorschusslorbeeren wurden sie in ihr neues Amt eingeführt - die vier Landesbeauftragten für Regionalentwicklung. Als Anwälte der Regionen wurden sie bezeichnet. Nach demokratischem Verständnis der kommunalen Selbstverwaltung sind insbesondere Hauptverwaltungsbeamte als gewählte Vertreter der Einwohner einer Region gewählt, um die Interessen der in diesen Gebietskörperschaften lebenden Menschen zu vertreten. Und wohlwollend war sicher die Absicht zu deuten, als übergeordneten Vermittler Landesbeauftragte einzusetzen, um die Interessen noch fachkundiger und professioneller vertreten zu lassen.

Aber wahrscheinlich müssen wir uns noch gedulden, um die Früchte der Arbeit erkennen und spüren zu können, denn bislang gab es wenig, was als Leistungsbilanz nach 100 Tagen im Amt zu berichten bleibt.

Was wir als Steuerzahler aber schon mal zu spüren bekommen werden, ist die zusätzliche Belastung des Landes Niedersachsen in Bezug auf Versorgungsansprüche in Höhe von 180.000 Euro; dies als Ergebnis einer nicht erfolgten Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Landkreis Helmstedt in Bezug auf die Versorgungsansprüche seines Landrates a.D.

25 Jahre Mauerfall Hoffnungen - Erinnerungen - Erzählungen

Eine ganz besondere Veranstaltung bieten die Frauen Union - Stadtverband Helmstedt - und der CDU-Kreisverband Helmstedt an:

In diesem Jahr jährt sich der Mauerfall am 09. November 1989 zum 25. Mal. Dieses Jubiläum soll zum Anlass genommen werden, sich zu einem „Erzählcafé Mauerfall“ am 23. April 2014 im Parkhotel Helmstedt zu treffen, um gemeinsam Erinnerungen auszutauschen.

Als besonderer Gast wird Jens Nacke, MdL und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, erwartet, der anlässlich dieses Austausches von Erinnerungen mit den Gästen in den Dialog treten wird.

Nutzen Sie die Gelegenheit, und melden Sie sich noch in der CDU-Geschäftsstelle unter der Tel.-Nr. 05351/2341 an. Die Veranstaltung beginnt um 15.00 Uhr im Parkhotel Helmstedt, Albrechtstr. 1, in Helmstedt.



IMPRESSUM

Verantwortlich:

Elisabeth Heister-Neumann
Vorsitzende des
CDU-Kreisverbandes Helmstedt

REDAKTION:

Sabrina Wachsmann
Pressereferentin des
CDU-Kreisverbandes Helmstedt
sabrina.wachsmann@web.de, Tel.: 0162 9137037